

Verhütung zum Nulltarif

Sollen Hartz-IV-Empfänger kostenfrei zu Spirale und Co. kommen? In der Politik deutet sich eine breite Zustimmung für diesen Vorschlag der Grünen an.



Beliebtes dauerhaftes Verhütungsmittel: Die Spirale wird von einem Arzt eingesetzt. Ihre Wirkung hält mehrere Jahre an.

Archivfoto: Hartmann

VON CHRISTIAN HARBORTH

HILDESHEIM. Bekommen einkommensschwache Familien und Hartz-IV-Empfänger in Hildesheim Verhütungsmittel demnächst zum Nulltarif? In der Politik und im Rathaus deutet sich eine breite Mehrheit für diesen Vorschlag der Hildesheimer Grünen an. Die Partei hat eine Gesetzeslücke ausgemacht, die sie zumindest für Hildesheim gern schließen möchte.

Auf der einen Seite müssen die Betroffenen die Kosten für Spirale und Co. seit dem Jahr 2004 selbst tragen. Auf der anderen Seite finanziert das Land anschließende Schwangerschaftsabbrüche, wenn die Betroffenen einen Beratungsschein vorlegen. „Hier ist eindeutig eine Gesetzeslücke vorhanden“, sagte Grünen-Ratsfrau Yara Tuschick im Sozialausschuss. Ihre Partei wünscht sich zum Januar 2015 einen Sonderfonds, aus dem

die Verhütungsmittel finanziert werden. „Die Verwaltung soll prüfen, wie das Geld zu den Frauen kommt“, sagte Tuschick.

Dort wie beim Rest des Ausschusses stößt der Vorschlag auf offene Türen. Am Dienstag nickte der Jugend- und Sozialausschuss den Vorschlag einmütig ab. Auch Sozialdezernent Dirk Schröder sprach sich für den Vorschlag aus. „Ich finde die Idee sehr gut.“ Allerdings machte er auch gleich eine der Schwierigkeiten deutlich: Daten über die künftigen Nutzer gebe es bisher zwar im Jobcenter, aber nicht bei der Stadt. „Dafür müssten wir eine Lösung finden.“

Fast alle Redner lobten die Idee, sprachen aber von viel zu wenig Geld, das bisher eingeplant sei. Die Grünen wünschen sich einen Sockelbetrag in Höhe von 5000 Euro für den Fonds. Bei Preisen um die 300 Euro pro Spirale wäre dieser Betrag aber schon nach kurzer

Zeit ausgegeben. „Das reicht gerade einmal für 16 Frauen, aber was machen wir, wenn eine 17. unsere Hilfe benötigt?“, fragte Hans-Uwe Bringmann, Sprecher der Unabhängigen und Partei-

losen. „Die kostenfreie Verhütung ist eine wichtige Sache, aber bei der Summe nur ein Tropfen auf dem heißen Stein“, sagte Michael Kriegel (FDP). Die Summe sei lediglich als Auftakt gedacht,

hielt Grünen-Ratsfrau Tuschick dem entgegen. „Uns geht es vor allem darum, zunächst Erfahrungen zu sammeln.“ Werde der Betrag ausgeschöpft, könne die Stadt später immer noch nachlegen.

Bei ihrer Entscheidung müssen die Ratspolitiker nicht nur über finanzielle Fragen entscheiden, sondern auch tief greifende menschliche Aspekte berücksichtigen. „Es geht auch darum, dass nicht abgetrieben wird“, sagte Wilfried Kretschmer (SPD).

Tuschick berichtete von anderen großen Städten Niedersachsens, die ebenfalls bereits kostenfreie Verhütung für Einkommensschwache anbieten. „In Lüneburg, Braunschweig und Hannover gibt es das schon.“ Dort stellten die Städte zwischen 5000 und 10000 Euro zur Verfügung. Ob auch Hildesheim die kostenlose Verhütung künftig anbietet, soll der Verwaltungsausschuss am 29. September entscheiden.

Finger in der Wunde

KOMMENTAR

VON
CHRISTIAN HARBORTH



Die Hildesheimer Grünen legen mit ihrem Vorschlag für kostenfreie Verhütungsmittel für Hartz-IV-Empfänger ihren kleinen Finger in eine große überregionale Wunde. Denn es ist nicht verständlich, warum sich die

Öffentlichkeit in Deutschland bei der Finanzierung von Spirale und Co. vor vielen Jahren zurückgezogen hat – bei Abtreibungen aber anschließend bereitwillig das Portemonnaie öffnet. An der Politik in Hannover oder Berlin können die Hildesheimer kaum mitwirken. Gut, dass sie vor Ort trotzdem eingreifen wollen. Der Verwaltungsausschuss hat das letzte Wort. Um größeres Leid zu verhindern, sollte er zustimmen.